

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köster in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
folgt das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Mittagsblatt 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 im Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 3. Februar. Vom Kaiser ist an den
Berliner Magistrat nachfolgendes Dankschreiben
ergangen:

„Unter den zahlreichen Kundgebungen
liebevoller Theilnahme an meinem dreißigjährigen
Geburtstage und der mit demselben verbundenen
fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr des
Tages meines Eintritts in die Armee auch die
treuen Glück- und Segenswünsche des Magistrats
meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin ent-
gegenzunehmen war für mich eine lebhafteste Freude.
Von Herzen spreche ich dem Magistrat für diese
freundliche Aufmerksamkeit und den er-
neuten Ausdruck unverbrüchlicher Treue meinen
wärmsten Dank aus.“

Berlin, den 31. Januar 1894.

(gez.) Wilhelm R.

An den Magistrat zu Berlin.

— In der gestrigen Sitzung der Stadtver-
ordnetenversammlung in Potsdam kam nachfol-
gendes allerhöchste Schreiben zur Verlesung:
„Der Magistrat und die Stadtverordneten
meiner Residenzstadt Potsdam haben mich leb-
haft erfreut durch die warmempfindenden Seg-
enswünsche, welche mir aus Anlaß meines
Geburtstages und meines Militär-Jubiläums
in der Adresse vom 27. d. M. im Namen der
Potsdamer Bürgererschaft gewidmet worden sind.
Auf meine fünfundzwanzigjährige Zugehörigkeit
zur Armee kann ich nicht zurückblicken, ohne
zugleich mit Verehrung der gereinen Stadt
Potsdam zu gedenken, in deren Mauern ich
meine militärische Ausbildung genossen und so
viele glückliche Stunden verlebt habe. Von
ganzen Herzen spreche ich daher den städtischen
Behörden für die erneute Kundgebung liebevoller
Anhänglichkeit meinen Dank aus.“

Berlin, den 31. Januar 1894.

(gez.) Wilhelm R.

An den Magistrat und die Stadtverordneten
zu Potsdam.

— Das glanzvolle Schauspiel des Subscrip-
tionsballes entfaltete auch in diesem Jahre seinen
vollen Reiz und bildete den Mittelpunkt für eine
ebenfalls zahlreiche wie prächtige, aus den besten
Klassen unserer Gesellschaft zusammengeleitete Ver-
sammlung. Circa 2700 Willets waren ausge-
geben worden und das sprichwörtliche Gebränge,
Gefummel und Gewühl machte namentlich von der
Festhalle aus einen höchst feierlichen Eindruck. Um
9 1/2 Uhr erschienen der Kaiser und die Kaiserin,
jener in der roten Hofuniform, diese in hell-
blauer, tief ausgeschlitztem Seidenkleide, über-
haupt mit Diamanten, auf dem Kopf eine herrliche
Diamantkrone. Um 9 1/2 Uhr begann bei den
Klangen der Kaiserlichen Gefangenspolonaise der
Kumgang des Hofes. Unter Vorantritt des Ge-
neral-Intendanten Grafen Hochberg schritt der
Kaiser mit der Kaiserin voran, dann folgte Prinz
Heinrich mit der Großfürstin Wera von Württem-
berg. Später nahm die Kaiserin wieder in der
Festhalle Platz, ihr zur Seite befanden sich die
Prinzessin Heinrich, Großfürstin Wera, die mit
ihren Kindern erschienen war, und Prinzessin
Kleopoldine.

— Die Trauung des Großherzogs von Hessen
mit der Prinzessin Viktoria Melita von Sachsen-
Koburg soll in der dritten Aprilwoche in Koburg
in Gegenwart des deutschen Kaisers, der Königin
Victoria von England, des Prinzen von Wales
und anderer Mitglieder des englischen Königshauses
stattfinden.

— Der Ingenieur Friedrich ist vom Bau
der Eisenbahn in Nambara zurückgetreten und in
die Reichsverwaltung beim Reichskriegsamt zu Tanga
übergegangen. Dummeh wird berichtet, daß der
Hauptmann v. Hake, der schon früher in Di-
gnität war, in den Bahnbau eintreten soll.

— Noch immer zieht die Bewegung, die
durch den Besuch des Fürsten Bismarck in
Berlin hervorgerufen ist, ihre Kreise und es kann
nicht anders sein, wenn unter diesen Um-
ständen das angekündigte Erscheinen des Kaisers
an dem parlamentarischen Dinner beim Grafen
Capri besonders Aufmerksamkeit erregt, vielleicht
auch man erwartet, daß in der Unterhaltung
auch die Ereignisse des Tages gestreift und Fragen
beantwortet werden, die durch jene angeregt worden
sind. Eine besondere Erwähnung ist die Theil-
nahme hoher Militärs an dem Festbesuche
zugewandt, die dem Kaiser für seinen Akt der
Zuversicht entgegengebracht wurden. Es wird
jetzt von zwei Seiten berichtet, daß der Kriegs-
minister von Bronsart in der Tat „im
Namen der Armee“ dem Kaiser für die Wiederan-
näherung an den Fürsten Bismarck gedankt habe.
Nur soll diese Kundgebung nicht nach, sondern
am Tage vor dem Besuch des Fürsten Bismarck
erfolgt sein. Sie würde dadurch aber nur noch
bemerkenswerther werden. Daß in der Tat auch
in der Armee Stimmungen vorhanden sind, wie
sie Herr v. Bronsart erwähnt hat, wird durch
eine Rede des General-Obersten v. Voß in Koblenz
bestätigt. Auch er sprach von einer lang er-
warteten Hoffnung, die der Besuch des Fürsten Bi-
smarck in Berlin erfüllt habe. Und der Jubel,
mit dem er empfangen worden, sei ein Maßstab
gewesen aus der großen Zeit, da Fürst Bismarck
als erster und unentwegter Bahnführer der
Könige im Kampfe vorangereitet sei. Als
Bannerträger des Reichs war der Fürst bekannt-
lich auch in der Rede gefeiert worden, die der
jetzige Kaiser als Kronprinz zum Geburtstage des
Fürsten am 1. April 1888 gehalten hatte. In
dem Munde des General-Obersten v. Voß wird
die Anspielung auf diese Rede doppelt be-
deutsam. Man darf gespannt sein auf den
Widerhall, den sie in Berlin und Kreisen er-
wecken wird.

— Gegen die Ausbreitung der
sozialdemokratischen Bewegung wird von den
staatsrechtlichen politischen Parteien und von
zahlreichen nicht politischen, aber der sozialen
Frage Aufmerksamkeit widmenden Vereinigungen
Jahr aus Jahr ein durch das lebendige Wort wie
durch die Presse wacker gekämpft. Aber da
doch wohl feststeht, daß für den sogenannt-

„keinen Mann“ die soziale Frage in erster Linie
eine Wagenfrage ist, so erscheint es einleuchtend,
daß die Propaganda durch wertthätige Liebe-
bräuterei und nachhaltiger wirken und die Köpfe
gegen den sozialdemokratischen Bazillus unemp-
fänglich machen wird, als der schöne Vortrag über
die Verwerflichkeit der sozialdemokratischen Ver-
leugern es vermag. Von dieser Ansicht waren auch
die alten Soldaten durchdrungen, welche vor
24 Jahren, nachdem sie das Reich erkämpft hatten,
sich in Kriegervereinen zusammenfanden. Und da
sie aus neuerer Erfahrung wußten, daß nur ge-
einte Kräfte stark machen, so schlossen sie sich in
Norddeutschland zusammen zum Deutschen
Kriegerbund und errichteten in demselben
Wohltätigkeitsanstalten zur Besserung der Lage
ärmerer und hilfbedürftiger Kameraden. Die
lebenden Kameraden sollten unterstützt, deren
Familien beim Tode des Einzelnen mit
Sterbegeld versehen, die Witwen vor bitterem
Elend bewahrt und die hinterbliebenen Waisen
in den Waisenhäusern des Bundes erzogen werden.
Diese großen Aufgaben hat der Deutsche Krieger-
bund, welchem jetzt circa 8500 Vereine angehören,
in den verflochtenen 22 Jahren seines Bestehens
mit fortwährend steigendem Eifer und Erfolge be-
arbeitet. Es wurde während dieses Zeitraumes,
um heute nur das Unterstützungswesen zu be-
rühren, lediglich an baaren Unterstützungsgeldern
die Summe von 406 400 Mark aufgebracht und
vertheilt. Die Jahresquoten stiegen mit dem
Anwachsen des Bundes und betrugen 1891
38 400,00 Mark, 1892 52 100,00 Mark 1893
62 400,00 Mark. Dies sind lediglich die aus
Bundesmitteln gezahlten Unterstützungen, ohne die
von den Tausenden von Vereinen direkt an ihre
Mitglieder gezahlten Summen, deren Größe sich
ohne eine genaue Statistik der Angabe entzieht.
Zahlen reden! Aber auch in den Kriegerverbänden
der außerpreussischen Bundesstaaten ist das
Unterstützungswesen geregelt. So hat z. B.
Sachsens Militärvereinbund in den letzten
4 Jahren bedeutende Beiträge für Wohltätigkeits-
zwecke veranlaßt. Man kann deshalb wohl ver-
setzen, daß die Sozialdemokraten und ihre Führer
die Organisation des Kriegervereinswesens hassen
wie die Sünde. Sie wissen wohl warum!

— Seit einigen Wochen befindet sich die
Berliner Dreifachbank der Maler in Zahlungs-
schwierigkeiten, jedoch schon einmala das statuten-
mäßige Krantgeld nicht ausgezahlt werden
konnte. Der Grund der Zahlungsunfähigkeit liegt
wohl zum Theil in der Verminderung der Mit-
gliederzahl: dieselbe pflegt aber gerade bei Malern,
die im großen und ganzen unter die Saisonar-
beiter zu rechnen sind, in jedem Winter einzu-
treten. Die Hauptursache der diesmahligen
Schwierigkeiten ist in dem Waisenzins zu
suchen. Eine große Zahl von Baumeistern
— man kennt diese Art von Leuten ohne Nr. und
Palm, aber auch ohne Haus und Geld — hat
die Beiträge, zu denen sie verpflichtet war, an die
Kasse nicht abgeführt, und nicht weniger als 26
solcher Unternehmer haben nach erfolgloser Zwangs-
vollstreckung durch die Kassenverwaltung den Wan-
telstücken gelieft. Wie hoch solche Unter-
nehmerbeiträge answachsen können, ergibt man
aus der Thatfache, daß ein einziger dieser Herren
der Kasse rund 2000 Mark schuldet, während der
Gesamtzuschußbetrag der Baumeister rund
8000 Mark beträgt. Ob es nicht ein reichlicher
der Kasse war, den Unternehmern überhaupt in
dieser Höhe zu kreditiren, wollen wir hier nicht
untersuchen; wir wissen nicht, durch welche Um-
stände ein verhältnismäßig so hoher Kredit veran-
laßt worden ist. Daß aber diese Angelegenheit
wieder einmal ein scharfes Licht auf das Berliner
Baupetulantentum wirft, halten wir für einen
Vorteil; denn man wird daraus sehen, daß man
einmal einmal mit aller Macht gegen den Wai-
senzins, der nicht bloß die Arbeiter, sondern auch
die Handwerker empfindlich schädigt, vorgehen
sich werde bequemen müssen. Die Kassenfah-
gatte den Berliner Magistrat um ein Darlehen
von 15 000 Mark ersucht, ist aber abschlägig be-
glichen worden.

— **Slag, 1. Februar.** In industriellen und
kaufmännischen Kreisen wird seit einiger Zeit dar-
auf hingewiesen, daß die Grafschaft Slag eine
Handelskammer erhalte, was auch in Wirklichkeit
für die eigentlichen und besonderen Verhältnisse
der Grafschaft Slag, die wohl politisch zu Schle-
sien gehört, aber doch eine Vitalitätsprovinz für
sich bildet, nöthig ist. Die Behörden unterstützen
daher nach Kräften die Anregung und gegenwärtig
ist der Stand der Angelegenheit derart, daß eine
Handelskammer in der Grafschaft Slag als ge-
richtigt erscheint.

— **Weimar, 1. Februar.** Die vorläufigen Re-
visionsarbeiten des Vertrauensauschusses bei dem
hiesigen Spar- und Vorkehrverein haben eine
Unterbilanz von 4 250 000 Mark ergeben. Den
verhafteten Verwaltungsrathmitgliedern Direktor
Gerlach und Aufsichtsrathsvorsitzenden Meißner wird
Folgsamkeit der Jahresbilanzen und gegenwärtige
Verwendung flüssiger Gelder zur Last gelegt. In
Folge des hilfswilligen Entgegenkommens von
Gläubigern und vermögenden Mitgliedern hofft
man die Auflösung der Genossenschaft außergerich-
tlich durchführen zu können. Eine der Haupt-
schuldnerinnen des Vorkehrvereins, die Firma
W. Baer, deren Inhaber auch zu dem Aufsicht-
rath gehört, hat jedoch die Zahlungen eingestellt.

— **Braunschweig, 31. Januar.** Da es in
neuerer Zeit mehrfach vorgekommen, daß wegen
Ueberschreitung des Zuchtungsrechts angeklagte
Landeslehrer sich auf Unkenntnis der betreffenden
Bestimmungen berufen haben, so hat das Kon-
sistorium vorgeschrieben, daß von nun an bei jeder
Einführung oder Einweisung eines Lehrers, mag
dieser wirklich angestellt oder nur einmündel
auswärtiger Weise mit der Ausübung des Lehrberufs
betraut sein, der mit der Einführung, bez.
Einweisung beauftragte Schulinspektor ihm den be-
treffenden § 15 der Dienstinstruktion für Schul-
lehrer und Oberlehrer am Ende durch wörtliches
Vorlesen bekannt machen und ihn, daß dieses
geschehen, in dem Einführungsprotokolle
oder in einem besondern Schriftstücke anerkennen
lassen muß. — Ferner hat das Konsistorium die
Schul-Inspektoren ermächtigt, in dringenden Fällen,
z. B. bei unregelmäßigem landwirtschaftlichen Verhält-
nissen u. s. w., auf Antrag der Schulvorstände im
Semmerhalbjahr eine Veränderung der Stunden-
pläne für die Landgemeinschulen dahin vorzu-
nehmen, daß die Unterrichtszeit für die erste, bez.
zweite Klasse, soweit angängig und ohne Ver-
zögerung der wesentlichen Unterrichtsstundenzahl
auf den Vormittag und die Unterrichtszeit für

die unteren Klassen auf den Nachmittag verlegt
werde. Jede derartige Veränderung ist aber
sowohl dem Konsistorium (den Behörden für die
Landgemeinschulen) anzuzeigen. — Gegen den
vor Jahresfrist neu eingeführten Stundenplan für
die Landgemeinschulen hatte sich eine starke
Disposition unter den Kandidaten geltend gemacht,
der durch diesen Erlaß etwas Rechnung getra-
gen werde.

— **Darmstadt, 1. Februar.** Am 1. April
1894 tritt in der Stadt Darmstadt eine neue
Armenordnung in Kraft. Die Grundlage bildet,
wie bisher, das bewährte sogenannte Elberfelder
System; die Hauptänderungen gegenüber dem be-
stehenden Zustande liegen darin, daß an Stelle
der kollektionalen Bezirksversammlungen das
System der Einzelbesuche tritt und den im Externat
wirkenden Pflegern einige berufsmäßige Armen-
ausseher beigegeben werden, die an der Ermittlung
der Verhältnisse der Armen und an deren Ueber-
wachung theilnehmen. Statt der Versammlung
der Armenpfleger der Hauptbezirke trägt der Armen-
pfleger zukünftig der Armendeputation direkt seine
Pflegfälle vor, wodurch eine lebendigere Wechsel-
wirkung zwischen der Zentralkasse und den aus-
übenden Pflegern erzielt wird und vielfach aus-
giebigere Hilfe eintritt. Mit der Einführung be-
rufsmäßiger Armenausseher in das Gefüge der
städtischen Armenpflege folgt Darmstadt einer An-
zahl deutscher Städte, bei denen sich diese Orga-
nisation bewährt hat. Die städtische Ueberwachung
der in die Armenpflege aufgenommenen Anfor-
derungen, die außer dem Wirkungskreise des ehren-
amtlichen Armenpflegers liegen, die nöthige Er-
gänzung bietet nur die Einführung einer ange-
messenen Zahl berufsmäßiger Armenpfleger.

— **München, 1. Februar.** Der Verein für
innere Mission, welcher mit jedem Jahre in unserer
Residenz wie in ganz Bayern eine immer größere
Thätigkeit entfaltet, hat in diesem Winter eine
Reihe von populären apologetischen Vorträgen im
großen Saale des Arbeiterhauses veranstaltet,
welche sehr besucht wurden. Hoheprediger Brunn-
Stuttgart, Stöcker-Berlin, Grunemann-Mörs-
haben schon unter großem Beifall gesprochen.
Gestern Abend erregte sich der Vortrag des
Militär-Dr. Pappe, Dr. Nachscholl-Hannover einer-
seits großen Zuhörerschaft; er sprach über das
Thema: „Ist die Bibel Gottes Wort?“ Auch
dieser Redner erntete großen Beifall. Nach ihm
werden noch Reichardt-Hofen und Dalton-Berlin
sprechen.

— **Karlsruhe, 2. Februar.** Im Ministerium
des Innern fand heute eine Konferenz von Abge-
ordneten verschiedener Landtagsfraktionen mit Ver-
tretern der Regierung statt. In derselben wurde
darüber berathen, wie einer etwaigen Futternoth
im nächsten Frühjahr vorgegangen wäre.

— **Strasburg i. E., 2. Februar.** Der Landes-
auschuss beendete die Budgetdebatte. Winterer
führt die Finanzlage trübselig und erklärt gegen-
über der Hoffnung des Unterstaatssekretärs Schrant
auf Besserung der Budgetlage durch die Reichs-
finanzreform, er habe aus der bezüglich des drei-
wöchigen Reichstagsdebatte den Eindruck geschöpft,
der gegenwärtige Kampf zwischen den Interessen-
machern der Reform äußerst schwierig. Unterstaats-
sekretär Schrant kam auf den Tabaksteuerentwurf
zurück und bekämpfte die Ausführungen der
„Katholischen Zeitung“ in ihrem Artikel „Tabakbau
in Deutschland“, sowie den Vorschlag der „Nat-
l.“ auf Einführung des englischen Systems.
Die Tabaksteuer sei nicht Pluttmacherei, sondern
ein hochwichtiges agrarpolitisches Mittel. Gegenüber
dem Herrn Winterer rechtfertigte Staatssekretär
v. Buttkamer die vielerörterte Abhebung des
Vorgeschlages Spies-Schmitt durch eine
Reiberei mit dem Kreisdirektor Böhm. Auf die
Interpellation über die Aufhebung der „Ge-
setze“ ging er nicht ein, mit der Motivierung, der
Fall sei erledigt. Hierauf erfolgte die Vertagung
bis Donnerstag.

— **Brüssel, 2. Februar.** Abgeordnetenversammlung.
Der Ackerbauminister de Bruyn theilte mit, die
deutsche Grenze würde in einigen Tagen wegen
einer unter den Schafen ausgebrochenen Krankheit
geperrt werden.

— **Frankreich.**
Paris, 31. Januar. Der Verbannte ver-
liert nicht weniger die Fühlung mit seinem Lande
und Volke und das Verhältniß für dessen Seelen-
zustände. Der Fall Cornelius Herz beweist dies
abermals aufs Deutlichste. Dem Freunde des
Herrn Clemenceau droht eine Gefahr, die diesmal
größer ist als die der Auslieferung an die französi-
schen Behörden. Die Verwaltung der Reichs-
sachen und der Panamanasse und der Vertreter
der Panama-Schuldscheine fordern von Cornelius
Herz die Millionen — aber einige der Millionen
wieder, die er vom Baron Reinach bekommen und
die dieser aus dem Panama-Geldspiel geschöpft
hat. Die Klage ist darum äußerst bedrohlich,
weil Cornelius Herz in Paris Hauseigenenthum im
Werthe von zwei Millionen besitzt. Herz hatte
jeder schlan zu sein geglaubt, indem er seine
Häuser auf den Namen seiner Frau ins Grund-
buch eintragen ließ. Das Gericht sieht aber
in dieser Zeichnung einen bloßen Kniff, um
etwa auftretenden Gläubigern zu entgehen,
und betrachtet die Häuser als das Eigenthum
des Kranken von Boarmouth. Ein gegen ihn
gefaßtes Urtheil würde also mindestens bis zur
Töde von zwei Millionen vollstreckt werden können.
Dagegen möchte Herz sich schützen. Er verschiebt
sich also einen Mitarbeiter des „Figaro“ und ließ
sich von diesem Blatte vier Spalten seines höchst
kassipoligen weißen-Papiers der ersten Seite für ein
„Interview“ zur Verfügung stellen, worin er
mit neuen Enthüllungen droht, wenn das Gerichts-
verfahren gegen ihn nicht eingestellt werde. Und
hier zeigt sich der schwere Irrthum von Herz.
Er kennt die Pariser Stimmung nicht mehr. Er
weiß nicht, daß hier mit Ausnahme einiger Kör-
perchen niemand mehr für Panamageschichten Auf-
merksamkeit und Theilnahme übrig hat. Er
hatte sicher sein gutes Geld für den „Figaro“
Artikel gegeben, wenn er geahnt hätte, wie gleich-
gültig dieser die öffentliche Meinung lassen würde.
Herz hat den wichtigsten Augenblick verpaßt. Was
er an Pulver und Blei besitzt, mußte er gerade
vor einem Jahre verschleppen. Damals hätte er
sich mit einigen Reichthümern vielleicht noch seinen
Verfallern bereiten können. Heute sind diese
Fugler.

— **Paris, 2. Februar.** Nach Meldung der
„Liberte“ dürfte Behaglin in der Nähe von Datar
zu fassen. Bisher hatte die Absicht bestanden
den Däumling Toffa von Portonovo mit
dieser Würde zu betrauen, oder selbst die
unter französischem Einflusse stehenden Alida an
der Kräfte hatten diesen Däumling nicht an-
erkannt. Ob der neue König, der sich einen un-
ausprechlichen Namen beilegte, welcher „als die
Franzosen in Abomey regierten“, beabsichtigt, mehr
Glick bei seinen Unterthanen haben wird, wissen
wir nicht; es ist auch ziemlich gleichgültig, denn
nach der Beseitigung Behaglins wird das Land
wohl von den Franzosen regiert und dadurch der
Kultur zugeführt werden. Die Erhaltung der
königlichen Würde ist am Ende nur nominal,
denn es wird den Franzosen nicht einfallen, mit
dem Herrscher auch die Amazonenarmee, die jähr-
lichen blutigen Menschenopfer, den granenartigen
Festsch- und Schlangendienst und die Sklaverei
wieder aufleben zu lassen. Daß man den König
überhaupt in Abomey installirt, ist ein Zugestän-
d- niss an den Volksgelauben, daß ein dahomitischer
Herrscher nie das Meer sehen darf und daß er
des Thrones verlustig wird, wenn er dieses
Verbot übertritt. Darum hat keiner der
Könige je seine Hauptstadt und Hafenstadt
Whya gesehen, in der ein Vertreter ziemlich
unumstößlich regierte und wo sich sogar seit
Jahrhundertern ein verfallenes portugiesisches Fort
erhalten konnte, dessen Besatzung keinerlei Hobeits-
rechte ausübte oder beanspruchte. Wird Behaglin
wirklich nach dem Senegal gebracht, so muß er
über das Meer und seine Herrschaft in den
Augen seines Volkes für alle Zeiten dahin.
Eine Thron- wird ihm Niemand nachweihen,
außer den fremden Kaufmannsfir- men, die mit
ihm glänzende Geschäfte machen. Er war ein
Scheitler in jeder Beziehung, wie alle
seine geschichtlich bekannt gewordenen Vorgänger
und mit der Beseitigung seiner Herrschaft
verschwindet ein Schandfleck von der Westküste
Afrikas. Frankreich hat ungezählte Millionen ge-
opfert, um Dahomey zu erobern; viel deutsches
Blut in der Fremdenlegion hat dabei geflossen.
Werth ist das Land die vielen gebrachten Opfer
nicht, aber es ist ein Verdienst um die Zivilisation,
die dahomitischer Wirthschaft beseitigt zu haben.
Behaglin wird auch als Pensionär der Republik
noch immer reich genug gehalten sein. Nach
Meldung der „Liberte“ dürfte er in der
Nähe von Datar oder St. Louis internirt werden
und ein Jahrgehl erhalten. Verdient hat er dieses
günstige Schicksal nicht; die Zahl der Opfer seines
Blutdurstes — obwohl er besser wie sein Vater
war — ist Legion.

Italien.

— **Rom, 2. Februar.** Die Polizei hat heute
wiederum zwei gefährliche Anarchisten ver-
haftet. Bei einem derselben, der aus Frankreich
kam und nach der Romagna reiste, um dort
Tumulte anzusetzen, fand man in einem Koffer
ein wahres Arsenal von Explosivstoffen.
In Santa Mauro (Sizilien) nahm die Be-
hörde zwei angelegene Bürger fest, der Notar
Giordano und den Cavalier Pace, welche sich
als Helfershelfer des Brigantaggio entpuppten.

Spanien und Portugal.

— Von Aufständen auf Kuba ist seit längerer
Zeit nichts bekannt geworden, dennoch bildet die
Berle der Antillen gerade jetzt wieder das be-
sondere Schmerzenskind des Kabinetts Sagasta.
Der Meura, der Kolonialminister, hat für die
Insel Reformen im Sinne der Selbstverwaltung
entworfen, die von einem Theile, wie es scheint,
der Minderheit des Kabinetts, sehr ungünstig be-
urtheilt werden. Die gegen Meuras Pläne ge-
stehenden Einwände gipfeln darin, er liefere
die Insel den Autonomisten und Liberalen aus.
Das ist um so bedenklicher, als die kubanischen
Kortessmitglieder, wiewohl sie bisher die Regierung
unterstützten, thatsächlich doch konservativ seien
und zweifellos ins Lager der konservativen Oppo-
sition übergehen würden, wenn mit Meuras Re-
formplänen Ernst gemacht werden sollte. Herr
Sagasta wird deshalb bestrebt, den unbehaglichen
Kolonialminister fallen zu lassen, dieser wieder
verlangt entschieden, das Kabinett solle sich mit
ihm solidarisch erklären und die Annahme der
Reformvorschlüge für Kuba durch die Kortess zum
Gegenstand einer Vertrauensfrage machen. Die
peinliche Lage, in der sich der Kabinettschef so be-
findet, wird noch dadurch verschlimmert, daß die
neuesten Meldungen aus der Havanna eine stete
Steigerung der Spannung zwischen Autonomisten
und Konservativen verzeichnen. Es fehlte zu be-
männlichem Verlegenheits des liberalen Mini-
steriums gerade noch, daß es auf Kuba zu einem
offenen Bruch zwischen den Parteien käme.

Rußland.

— Nach einer aus Petersburg eingehenden Mel-
dung wird sich die von der Regierung geplante
Verfüzung, wonach die Abiturienten der Mittel-
schulen der Militärfürsicht in Zukunft noch vor
dem Beginne der Universitätsstudien Genüge
leisten sollen, nicht, wie man anfänglich meinte,
auf sämtliche Studenten, sondern nur auf die
jenigen erstrecken, die bei Absolvierung der Mittel-
schule das 21. Lebensjahr erreicht haben. Die
Verfüzung werde somit nur in Ausnahmefällen
zur Geltung gelangen, so daß die Annahme, als
ob die Regierung bei dieser Maßregel auf die Ein-
schränkung des Besuches der Universitäten abzielte,
sich als ungerechtfertigt erweise.

Rumänien.

— **Bukarest, 30. Januar.** Die bereits für die
ersten Tage nach Wiederbeginn des Parlaments
angefragt gewesene Vorlage des mit Oesterreich-
Ungarn vereinbarten Handelsvertrages ist, ohne
daß man den Grund erfährt, noch immer nicht
erläut, und es sind in Folge dessen Gerüchte in
Umlauf gebracht worden, daß der Annahme des
betreffenden Vertrages durch das Parlament uner-
wartete Schwierigkeiten im Wege ständen. Wie
jedoch von zuständigen Seite mitgetheilt wird, ist
diese Ansicht ganz gegenstandslos und hat auch
die eingetretene Verzögerung in so fern keine prak-
tische Bedeutung zu beanspruchen, als durch die
Ratifizierung des Vertrages eben nur ein thatsäch-
lich schon bestehendes Verhältniß vertrags-
mäßig gebunden wird.

— Die regierungsfreundliche konservative „Zara“
hat Mittheilungen eines Gewährsmannes aus
Bessarabien veröffentlicht, die, so unglücklich sie
auch in ihren Einzelheiten erscheinen mögen, doch
als bezeichnende Symptome für gewisse in den
russischen Grenzgemeinden betriebene Stim-
mungsmachereien gelten können. Nach diesen Mit-
theilungen sind den Bessarabiern in den Landgemein-
den der russischen Grenzdistrikte Broschüren mit
der Aufschrift „Wach auf“, in den Kirchen
zur Verlesung bringen zu lassen. In diesen
Broschüren werden die Bauern auf die drohende
Gefahr eines Krieges des Dreieiniges gegen Ruß-
land aufmerksam gemacht und zugleich darüber
belehrt, wie sie sich in diesem Falle zu verhalten
hätten. Und zwar werden sie freilich aufgefordert,
heim Herannah des Feindes die Brücken zu
verschütten, das Hausgeflügel zu tödten und das
Großvieh in sichere Verstecke zu bringen. Für
den Fall, als sie zur Leistung von Diensten als
Bewacher gezwungen werden sollten, hätten sie
die Feinde ihre zu führen und darüber der russi-
schen Behörde Meldung zu erstatten. Wie der
Gewährsmann der „Zara“ versichert, soll die
Verlesung der Broschüre, auf deren Befolgung
die Bauern bedingt wurden, von letzteren be-
geistert aufgenommen worden sein.

Serbien.

— **Belgrad, 2. Februar.** Alle liberalen Be-
amten, welche f. Z. die Skupstina gleichzeitig
mit dem Ministerium Avakumovich wegen der
Wahlmängel und Fälschung des Wahlergebnisses
gerichtlich verfolgen ließ, wurden vom Könige
amnestirt. Das Hauptorgan der radikalen Partei,
der „Bjel“, greift heftig den Erbprinzen Milan an
und sagt von ihm, er sei ein Kavalier von sonder-
barer Sorte, der sein Wort nur so lange halte,
als die Napoleons dauern, welche er für die Ver-
pflanzung seines Wortes empfing.

Afrika.

— Wenn sich eine Dramabelung aus Kotina
bestätigt — wir sagen ausdrücklich „wenn“, weil
sich auch so manche amtliche Nachrichten des Ge-
nerals Dobbs hinterher als falsch herausstellten —
hat sich König Behaglin von Dohemeh den
Franzosen bedingungslos unterworfen und damit
hätte der mehrjährige Feldzug in dem Slavende-
lande sein Ende erreicht. Ein solcher Ausgang
kaunte noch vor wenigen Wochen nicht voraus-
gesetzt werden, denn Behaglin hielt sich in dem
Sumplande des Ueines zwischen Whya und
Abomey und seine Streitkräfte schienen keineswegs
gering. Inzwischen ist es freilich den Franzosen
gelungen, Zwiespalt in die königliche Familie selbst
zu tragen und einen Bruder Behaglins, gleich-
falls einen Sohn des Königs Glegle, als
Schattenherrscher auf den Thron in Abomey

Stettiner Nachrichten.

— **Stettin, 3. Februar.** Wir greifen aus der
gestrigen Bürgerversammlung zuerst den
jenigen Theil der Tagesordnung heraus, welcher
im Laufe der Debatte die sensationellen
Enthüllungen über die Verbindun-
gen des hiesigen Freiinns mit der
Sozialdemokratie brachte.

Herr R. Graßmann referirte nämlich über
die Rede des Herrn Dr. Ameling in
der Versammlung vom 20. Januar
und über den Umriss der hohen
Steuern Stettins. Redner bemerkte: Herr
Dr. Ameling habe ihm politische Brunnener-
gründung, unwürdig eines Mannes, welcher will,
daß in unserm Leben Anstand und gute Sitte
jerrische, vorgeordnet. Redner hält es nicht für
angemessen, Herrn Dr. Ameling in gleichem Tone
zu antworten, denn es käme nicht darauf an, zu
konstatiren, wer am besten schimpfen könne, son-
dern auf weissen Seite das Recht und die Wahr-
heit sei. (Beifall Zustimmung!) Redner be-
leuchtet nun die verschiedenen Abwegungsverläufe
des Herrn Dr. Ameling. In der Sparschaften-
angelegenheit habe Herr Dr. Ameling ange-
kündigt, die Schwarz auf weiß gedruckt vor-
liegenden Zeitungsberichte zugehen müssen,
daß gegenüber seiner ersten Behauptung: von der
Auslösung der Sparkasse sei in der Stadtveror-
dnenversammlung nicht ein Wort gefallen,
hoffentlich werde dieses Märchen nun endlich
verschwinden u. s. w. — Der Antrag auf Aus-
lösung der Sparkasse in der Sitzung vom 19.
März 1887 dennoch gestellt sei und zwar von Ni-
mand anders, als von Herrn Dr. Ameling selbst.
(Hört! hört!) Er frage daher die Versammlung,
wer in dieser Sache der Lügner sei, R. Graß-
mann oder Dr. Ameling. (Beifall Ruf: Dr.
Ameling! Bewegung und Heiterkeit.) Redner
schloß sodann, wie Herr Dr. Ameling sich mit
seinem solchen Gedächtniß (Heiterkeit) ent-
schuldigt habe. Da sich aber aus den Berichten
weiter ergebe, daß Herr Dr. Ameling diesen Ge-
danken schon im Jahre 1886 angeregt und sich
also ein ganzes Jahr mit demselben
herumgetragen, so müsse das Gedächtniß
des Herrn Dr. Ameling in der That merkwürdig
konstruirt sein (Heiterkeit), zumal er sich seines
eigenen Antrages nicht nur nicht erinnert habe,
sondern ganz im Gegenteil sich dessen genau
zu erinnern glaubt habe, daß in der Stadtver-
ordnetenversammlung auch nicht ein Wort von
der Auslösung der Sparkasse gesprochen sei.
(Große Heiterkeit.) Ebenso schloß Redner unter
wiederholter Heiterkeit der Versammlung, wie Dr.
Ameling seinem schwachen Gedächtniß dadurch
habe zu Hilfe kommen wollen, daß er sogar mit
Hilfe von Magistratsbeamten (Heiterkeit) überall
da gesucht habe, wo er sicher gewesen sei, daß über
die Angelegenheit Nichts zu finden wäre. (Heiterkeit.)
Redner geht sodann auf den Fall des Oberlehrers
Dr. Wolff sowie auf mehrere andere Punkte
näher ein, die unsern Lesern aus den betreffenden
Artikeln unserer Blätter bereits bekannt sind, und
hält überall die von ihm aufgestellten Be-
hauptungen aufrecht, es sei Herrn Dr. Ameling
nicht gelungen, auch nur eine einzige derselben zu
widerlegen. (Sehr richtig!) Ein näheres Eingehen
verlange allein der Fall Decker! Herr Decker habe
in der Sitzung vom 23. November 1893 zu
mehreren Stadtverordneten, wie dieselben jeder
Zeit zu bezeugen bereit wären, die Aeußerung
fallen lassen: Herr Ameling habe Herrn Wölfe
zu dem Antrage: die Zinsen für Hypotheken aus
der Sparkasse auf 4 1/2 Prozent zu erhöhen, veran-
laßt. Herr Decker habe später eine sehr gewundene
Erklärung erlassen, was er am 17. Dezember
1891 — also zwei Jahre früher — gesagt
habe oder gesagt haben könne. Ue die Aeußerung
vor zwei Jahren handle es sich gar nicht, sondern
um eine Aeußerung am 23. November 1893.
(Sehr richtig!) Herr Decker habe sehr wohlweis-
lich über die letztere gesagt, wie er am 23. November 1893
er auch sagen, was er am 23. November 1893

